

Statement/Stellungnahme zu TOP 2 – Ziele und Maßnahmen 2025 – der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates am 26.11.2024

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere, gelinde gesagt nicht rosige finanzielle Situation und die Arbeitsbelastung der Mitarbeitenden durch viele laufende Projekte machen es nicht leicht, neue Dinge anzugehen oder gar zeitnah umzusetzen. Wann sich hier Verbesserungen ergeben, ist nicht absehbar.

Wie auch schon in den letzten Jahren ist die vorliegende Liste der von den Ausschüssen mehrheitlich empfohlenen Ziele und Maßnahmen daher davon geprägt, dass Überlegungen angestellt werden, dem Gemeinderat über einige Punkte berichtet und bei einigen Anträgen zumindest in die Planung eingestiegen wird.

So sind viele unserer Anträge auf Berichte der Verwaltung zu uns wichtigen Themen wie

Ausbau der PKW-Lade-Infrastruktur
des Zustandes, aller Gebäude, für die die Gemeinde
finanziell verantwortlich ist, gerade im energetischen
Bereich,
Prüfung und Vorschläge der Verwaltung von Maßnahmen

zur rechtlich vorgeschriebenen Beteiligung von Jugendlichen,

von den jeweiligen Ausschüssen nicht empfohlen worden und stehen somit heute nicht zur Abstimmung.

Wir bedauern sehr, dass die Mehrheit in den Ausschüssen noch nicht mal Informationen zu diesen Themen für notwendig erachtet. Und dass, obwohl sie zukunftsgerichtet und nachhaltig sind.

Gerade beim Thema Jugendbeteiligung darf sich die Gemeinde nicht auf vereinzelt konkreten Projekten (z.B. Graffiti in der Tiefgarage) ausruhen. Hier muss viel größer und weiter gedacht werden, damit sich unsere Jugendlichen mehr mit Neuhausen identifizieren und sich aktiv, auch politisch, einbringen können. Vielleicht liegt die geringe Beteiligung z.B. beim Speeddating zur Kommunalwahl ja daran, dass es bisher viel zu wenig Ansprache und Mitnahme der Jugendlichen gab. Das müssen wir unbedingt ändern. Denn nur, weil niemand kommt, ist die Gemeinde trotzdem verpflichtet Jugendliche an allen für sie relevanten Themen zu beteiligen.

Immerhin wird ein PV-Ausbau insoweit unterstützt, dass es Info-Veranstaltungen und Hilfen bei der Bündelung von Anschaffungen privater Anlagen geben soll und geprüft wird, wo in Neuhausen weitere PV-Anlagen installiert werden können.

Unser Antrag auf Bericht über Möglichkeiten kurzfristig mit einfachen Maßnahmen den Ochsengarten naturnäher zu gestalten, wird im Rahmen des neuen Bebauungsplans Ochsengarten von der Verwaltung mitgedacht.

Eine Ortsbegehung des Freibades ist sicherlich nicht verkehrt, aber wird dadurch unser Freibad zukunftsfähig? Die Erarbeitung eines Sanierungs- und Entwicklungskonzepts **zu gegebener Zeit** ist uns zu wenig. Aus unserer Sicht ist die Zeit schon jetzt gegeben und nicht erst, wenn das Freibad „von oben angeordnet“ vielleicht geschlossen werden muss. Aber auch hier fand sich keine Mehrheit, unseren Antrag auf Bildung einer Arbeitsgruppe zu unterstützen.

Zum Fair-Trade-Antrag gibt es immerhin einen Bericht über den Zertifizierungsprozess und die Vorgaben. Gefordert hatten wir den konkreten Einstieg in die Zertifizierung.

Beim Antrag zur „kühle-Orte-Karte“ hatten wir den Eindruck, dass dieser eher belächelt wurde. Natürlich kann diese Karte von jedem online erweitert werden. Wir hätten uns hier mehr Einsatz und Unterstützung der Verwaltung gewünscht, es geht schließlich im weitesten Sinne um die Gesundheit der Einwohner:innen aber auch Besucher:innen. Immerhin soll es eine Information zur „kühle-Orte-Karte“ auf unserer Homepage geben.

Unser Antrag die Kita-Entgelte wieder jedes Jahr vom Gemeinderat beschließen zu lassen, den Automatismus der Erhöhung und die über die Empfehlung hinausgehende

Erhöhung der Entgelte um 0,5% aufzuheben wurde als undemokratisch und populistisch bewertet und auch nicht empfohlen. Genauso wie ein Bericht der Verwaltung über das Thema „einkommensabhängige Entgelte“.

Undemokratisch wohl deshalb, weil in den vergangenen Jahren diese Anträge nie eine Mehrheit gefunden haben und somit nicht in die Ziele und Maßnahmen aufgenommen wurden. Uns sind diese Themen wichtig! Und nur, weil eine Mehrheit zu einem bestimmten Zeitpunkt etwas nicht unterstützt, ist das Recht der Fraktionen Anträge stellen zu können nicht ausgehebelt, dies zu kritisieren ist undemokratisch.

Ein Anliegen von uns war die Sanierung des Rad- und Fußwegs Marienstraße, der in einem wirklich schlechten Zustand und damit gefährlich für die Nutzer:innen ist. Hier wird erfreulicherweise 2025 zumindest in die Planung eingestiegen.

Auch wird es einen Bericht über die Erweiterung des Waldkindergartens mit Möglichkeit auf Ausweitung auf Ganztagsbetreuung geben. Wir hoffen, dass dies nicht nur lapidar mit einem „ist nicht möglich“ erledigt, sondern das sich konkret und ausführlich damit auseinandergesetzt wird. Eine generelle Prüfung zu alternativen Betreuungsmodellen hat leider keine Mehrheit gefunden. Diese zwei Ansätze könnten aber mögliche Betreuungsdefizite verringern.

Im Rahmen der Radverkehrskonzeption sollen zeitnah am Rathaus e-Ladestationen für eBikes errichtet werden. Das ist sehr zu begrüßen.

Auch für das Jahr 2025 hat die Mehrheit des Gemeinderates beschlossen, dass die empfohlenen Ziele und Maßnahmen aus den nichtöffentlichen Vorberatungen der Ausschüsse wieder en bloc abgestimmt werden und es nur ein 10min Statement der Fraktionen dazu gibt. Dem Rederecht des einzelnen Mitglieds des Gemeinderates wird somit keine Rechnung getragen.

Eine Beratung sieht für uns anders aus und deswegen kritisieren wir das Verfahren in öffentlicher Sitzung auch in diesem Jahr wieder.

Die Bürger:innen haben keinerlei Möglichkeit festzustellen, welche Fraktion, welche einzelne Gemeinerätin, welcher einzelne Gemeinderat sich wie zu den Anträgen positioniert hat. Der Bürgerin, dem Bürger bleibt so der tatsächliche Willensbildungsprozess verborgen.

Die Aufhebung der Verschwiegenheitsverpflichtung des Gemeinderates durch den Bürgermeister in Bezug auf das Abstimmungsverhalten trägt dem Öffentlichkeitsgrundsatz keine Rechnung. Nicht die Bürgerschaft muss nachfragen, sondern der Bürgermeister hat dafür Sorge zu tragen, dass auch das Abstimmungsverhalten von Beginn an für alle nachvollziehbar ist.

Eine Einzelabstimmung kann zu Änderungen der Mehrheitsempfehlungen der Ausschüsse im Gemeinderat führen, denn jedes Gemeinderatsmitglied hat das Recht seine eigenen Entscheidungen zu treffen und nicht einfach den Empfehlungen eines Ausschusses, dessen Mitglied es nicht ist, folgen zu müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.